



Antworten auf die Wahlprüfsteine von PETA Deutschland e.V. anlässlich der Bundestagswahl 2017

1. Tierschutzgesetz

Aufgrund der unzureichenden Gesetzgebung leiden in Deutschland jedes Jahr hunderte Millionen Tiere unter anderem in der Agrarindustrie, in Tierversuchslaboren, auf Pelzfarmen, im Heimtierbereich, in Zoos oder in Zirkusbetrieben.

a) Wird sich Ihre Partei im Bundestag für eine Novelle des Tierschutzgesetzes einsetzen, um die Bedingungen für die Tiere grundlegend zu verbessern?

Wir setzen uns für eine grundlegende Überarbeitung des Tierschutzgesetzes ein. Damit ist es uns so ernst, dass wir als Oppositionspartei selbst einen Entwurf ausgearbeitet haben, der das Leben der Tiere deutlich verbessern würde (<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/17/097/1709783.pdf>). Tiere müssen um ihrer selbst Willen und in ihrer Integrität besser geschützt werden. Das Staatsziel Tierschutz muss endlich mit Leben gefüllt werden.

2. Verbandsklagerecht

In sieben Bundesländern existiert bereits ein Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen.

a) Wird sich Ihre Partei im Bundestag für ein bundesweites Verbandsklagerecht einsetzen?

Wir wollen die demokratischen Mitwirkungsrechte anerkannter Tierschutzorganisationen stärken und ihnen ein Klagerecht einräumen. Die Einführung eines Verbandsklagerechts hebt das bisherige Ungleichgewicht im Kräfteverhältnis zwischen Tiernutzern und Tieren auf und macht Tierschutz gerichtlich einklagbar. Wir befürworten außerdem die Einführung eines/r Bundesbeauftragten für Tierschutz, die/der Auskunfts- und Akteneinsichtsrechte besitzt und die für den Tierschutz zuständigen Behörden des Bundes kontrollieren und Rechtsverstöße beanstanden kann.

3. Tiere in der Landwirtschaft

Die gesetzlich festgelegten Haltungsanforderungen für Tiere in der Landwirtschaft sind ungenügend und bedingen millionenfaches schweres, anhaltendes und systembedingtes Tierleid.

a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Amputationen bei Rindern, Hühnern und Schweinen zwecks Anpassung der Tiere an die Haltungssysteme schnellstmöglich verboten werden?

Wir wollen das Tierschutzgesetz so verbessern, dass Amputationen, mit denen Tiere an Haltungssysteme angepasst werden sollen, wirkungsvoll verboten werden. Bestehende Schlupflöcher

müssen geschlossen werden.

b) Welche konkreten Maßnahmen sind von Ihrer Partei geplant, um Fehlbetäubungen in Schlachthöfen künftig auszuschließen?

Wir wollen mehr Tierschutz an Schlachthöfen und auch bessere Arbeitsbedingungen für die Belegschaft. Was den Tierschutz angeht, wollen wir Regelungen, die sicherstellen, dass alle am Schlachtvorgang Beteiligten über die notwendige Fachkunde verfügen. Die Zahlung von Stück- oder Akkordlöhnen wollen wir verbieten, um die notwendige Ruhe und Sorgfalt zu gewährleisten. Und für das Betäuben und Töten wollen wir je nach Tierart eine maximal zulässige Tierzahl pro Stunde festlegen. Mit Zustimmung des Bundesrates wollen wir zudem die Voraussetzungen für die Kontrollen an den Schlachthöfen verbessern, und dazu insbesondere die Entwicklung verlässlicher automatisierter Verfahren zur Überprüfung des Erfolgs von Betäubung und Entblutung vorantreiben.

c) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Zucht von Tierrassen, die als Folge der Zuchtmerkmale im Laufe ihres kurzen Lebens massive gesundheitliche Beeinträchtigungen entwickeln (sog. Qualzuchten), verboten wird?

Ja. Sowohl im Bereich der Tiere in der Landwirtschaft als auch bei den Heimtieren gilt es, das bereits bestehende Qualzuchtverbot endlich wirksam umzusetzen.

d) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass das Töten von männlichen Küken (sog. Eintagsküken) verboten wird?

Ja. Das Kükentöten muss beendet werden. Wir setzen uns ein für einen deutlichen Ausbau der Förderung von Zweinutzungsrasen und wollen dafür ein „Bundesprogramm Nachhaltige Zucht“ auflegen. Als Zwischenlösung wollen wir die Entwicklung praxistauglicher Verfahren zur Geschlechtsbestimmung im Ei fördern und Förderprogramme auflegen, um kleinen und mittelständischen Brütereien die Investition in technische Anlagen zur Geschlechter-Früherkennung im Ei zu erleichtern.

e) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Schlachtung trächtiger Tiere (Ziegen, Schafe u.a.) verboten wird?

Die Schlachtung trächtiger Tiere wollen wir verbieten.

f) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die mit Schmerzen und Todesangst einhergehende Schlachtbetäubung mit Kohlendioxid verboten wird?

Ja. Wir wollen in diesem Bereich die Forschung zu Alternativen zügig vorantreiben und Pilotprojekte verstärkt fördern.

g) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die landwirtschaftliche Haltung von Wasservögeln wie Enten und Gänsen nur noch mit einem der Natur der Tiere entsprechenden Zugang zu einer Wasserfläche erlaubt sein wird?

Ja.

h) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die tierquälerische Haltung von sogenannten Zuchtsauen in Kastenständen schnellstmöglich verboten wird?

Ja. Wir setzen uns für eine Tierhaltung ein, in der die Haltungssysteme so gestaltet sind, dass Kastenstände bis auf unerlässliche Ausnahmen (medizinische Behandlung) ausgedient haben.

i) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die noch immer weit verbreitete lebenslange

Anbindehaltung von Rindern schnellstmöglich verboten wird?

Ja. Die ganzjährige Anbindehaltung hat für uns keine Zukunft.

4. Tierversuche

Tierversuche sind oftmals mit erheblichen Schmerzen für die Tiere verbunden, während die Übertragbarkeit der Ergebnisse auf den Menschen und die wissenschaftliche Aussagekraft höchst umstritten sind.

a) Welche konkreten Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um die Entwicklung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch zu fördern?

Wir wollen Tierversuche konsequent reduzieren und schnellstmöglich überflüssig machen. Tierversuchsfreie Methoden verursachen nicht nur deutlich weniger Tierleid. Sie sind häufig auch zuverlässiger als Versuche an Tieren. Hier wurden in den vergangenen Jahren vielversprechende Methoden und Verfahren entwickelt, um mit Chipmodellen oder per Computertechniken, die auf menschlichen Daten basieren, Tierversuche zu ersetzen. Mit dem „Human-on-a-chip“ werden beispielsweise menschliche Organe nachgebildet und zu einer Art Mini-Organismus kombiniert, an dem neue Medikamente getestet werden können. Wir setzen uns dafür ein, solchen innovativen Technologien endlich zum Durchbruch zu verhelfen.

Wir brauchen einen Paradigmenwechsel, bei dem der Tierversuch nicht länger „Goldstandard“ ist – hin zu moderner, zukunftsfähiger Forschung. Um Tierversuche durch tierfreie Forschungsverfahren zu ersetzen, brauchen wir eine Gesamtstrategie mit klaren Maßnahmen, Ziel- und Zeitvorgaben - wie die Niederlande es bereits vormachen.

Die Forschung an Tieren erhält jährlich mehrere Millionen staatliche Mittel, alternative Methoden müssen mit nur wenige Millionen für Erforschung und Weiterentwicklung auskommen. Wir wollen, dass diese Verteilung umgekehrt wird und tierleidfreie Forschung schneller anerkannt und zugelassen wird. Wo immer möglich, sollen tierfreie Forschungsverfahren verpflichtend angewandt werden müssen.

b) Wird sich Ihre Partei für die verpflichtende Anwendung von modernen Alternativmethoden für Sektionsübungen an Universitäten und Schulen einsetzen?

Wir wollen auch in Ausbildung und Lehre einen Paradigmenwechsel. Studierende dürfen nicht zu Tierversuchen gezwungen werden. Tierversuche sollten nicht regulärer Bestandteil des Studiums sein, sondern nur bei Bedarf als Aufbaukurs angeboten werden. Tierversuchsfreie Verfahren und Ethikkurse sollten stärker bzw. verbindlich Teil der Lehre sein.

5. Jagd

Gemäß Bundesjagdgesetz sind zahlreiche tierschutzwidrige Jagdpraktiken wie die Fallenjagd, die Baujagd, die Ausbildung von Jagdhunden an lebenden Tieren erlaubt, ebenso wie die Tötung von Tierarten, für deren flächendeckende Bejagung kein vernünftiger Grund vorliegt, wie beispielsweise bei Füchsen, Iltissen oder zahlreichen Vogelarten sowie bei bedrohten Tierarten wie Feldhasen oder Rebhühnern.

a) Wird sich Ihre Partei für eine grundlegende Novelle des Bundesjagdgesetzes einsetzen, damit der Tierschutz künftig Berücksichtigung findet?

Ja. Insbesondere wildbiologische, jagdpraktische und tierschutzrelevante Erkenntnisse unterliegen einem fortwährenden Entwicklungsprozess und müssen entsprechend im Jagdrecht berücksichtigt werden. Das geltende Jagdrecht ist nicht fit für die heutigen Erfordernisse des Tier-, Arten- und Naturschutzes.

b) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die flächendeckende Bejagung von Tierarten, für die – wie beispielsweise bei Füchsen – kein vernünftiger Grund vorliegt oder die in ihrem Bestand gefährdet sind, verboten wird?

Wir wollen die Liste der jagdbaren Arten kürzen. Laut Tierschutzgesetz darf niemand einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen. Dies muss auch für die Jagd gelten.

c) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Fallenjagd verboten wird?

Ja. Ein Verbot aller Totschlagfallen bei der Jagd ist überfällig. Totschlagfallen garantieren weder die vom Gesetz geforderte sofortige Tötung noch die notwendige Selektivität der Fallenjagd.

d) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass der Abschuss von Katzen und Hunden verboten wird?

Ja.

e) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Baujagd verboten wird?

Ja. Die Baujagd ist mit dem Grundsatz der Jagdverschonung für die Aufzucht der Jungtiere nicht vereinbar. Mit dem Verbot der Baujagd wird auch die aus Tierschutzgründen problematische Ausbildung von Hunden zur Baujagd in Schliefanlagen obsolet.

6. Heimtiere

Außer für Hunde ist die Haltung der etwa 31,6 Millionen Heimtiere in Deutschland kaum gesetzlich geregelt. Neben der Privathaltung finden sich massive Tierschutzprobleme auch im Bereich des Handels sowie hinsichtlich exotischer Tiere.

a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, Handlungsverordnungen für sämtliche im Heimtierbereich gehaltenen Tierarten zu schaffen?

b) Wird sich Ihre Partei für ein umfassendes Verbot der Privathaltung exotischer Tiere einsetzen?

a und b werden zusammen beantwortet: Wir wollen den Handel und die Haltung von Tieren auf die Arten beschränken, deren Haltung aus Tier-, Natur- und Artenschutzgründen, aber auch aus Gesundheits- und Sicherheitsaspekten unbedenklich und dauerhaft zu leisten ist. Dafür soll eine Positivliste aufgestellt werden, die diese Arten sowie Haltungsbedingungen und Anforderungen (etwa an die Sach- und Fachkunde) benennt.

c) Wird sich Ihre Partei für ein bundesweites Kastrationsgebot für Freigängerkatzen einsetzen?

Ja. Wir setzen uns dafür ein, dass Katzen, die Zugang ins Freie haben und geschlechtsreif sind, kastriert werden.

d) Wird sich Ihre Partei für einen verpflichtenden Sachkundenachweis für angehende Hundehalter (sog. Hundeführerschein) einsetzen?

Anstatt unsinniger Rasselisten bei Hunden setzen wir auf mehr Sachkunde bei potentiellen Hundehalterinnen und Hundehaltern.

e) Wird sich Ihre Partei für ein Zuchtverbot von Tierrassen einsetzen, die aufgrund ihrer Zuchtmerkmale unter gesundheitlichen Einschränkungen (sog. Qualzuchten) leiden?

Ja. Sowohl im Bereich der Tiere in der Landwirtschaft als auch bei den Heimtieren gilt es, das bereits bestehende Qualzuchtverbot endlich wirksam umzusetzen.

7. Pflanzliche/tierische Nahrungsmittel

Der durchschnittliche Konsum tierischer Nahrungsmittel liegt in Deutschland auf einem im internationalen Vergleich hohen Niveau, was neben Tierleid auch sogenannte Zivilisationskrankheiten fördert. Zudem zählt die Produktion tierischer Nahrungsmittel zu den umwelt- und klimaschädlichsten Industrien.

a) Wie bewertet Ihre Partei die Problematiken, die mit der Produktion und dem hohen Konsumniveau tierischer Nahrungsmittel einhergeht?

Massentierhaltung und übermäßige Fleischproduktion sind ein Problem für die Welternährung, fürs Weltklima, für die Biodiversität, für die Tiere und auch für unsere Gesundheit. Wir setzen uns daher dafür ein, dass vegetarische und vegane Ernährung immer selbstverständlicher wird, wollen die Ernährungsbildung stärken, über die gesundheitlichen, ökologischen und sozialen Folgen des Fleischkonsums aufklären und ein Bewusstsein für Möglichkeiten einer nachhaltigeren Ernährung schaffen.

b) Sind von Ihrer Partei Maßnahmen geplant, eine ausgewogene Ernährung mit pflanzlichen Nahrungsmitteln zu fördern bzw. den Konsum tierischer Nahrungsmittel – etwa durch ein erhöhtes Angebot an veganen Gerichten in öffentlichen Einrichtungen – in der Bevölkerung zu senken?

Wir setzen uns dafür ein, dass vegetarische und vegane Ernährung selbstverständlich wird. Wir wollen mehr Ernährungsvielfalt in öffentlichen Einrichtungen: gutes, vegetarisches und veganes Essen sollte zum Alltag in öffentlichen Kantinen gehören. Gerade die Gemeinschaftsverpflegung in Kitas und Schulen sollte hier eine Vorreiterfunktion einnehmen. Auch die von uns geforderte verbindliche Anwendung der DGE-Ernährungsstandards für das Schulessen würde zu weniger Fleischkonsum in Schulessen sorgen. Außerdem setzen wir uns für eine Stärkung der Ernährungsbildung in Kitas und Schulen ein und wollen es VegetarierInnen und VeganerInnen leichter machen, verlässlich vegetarische und vegane Lebensmittel zu erkennen. Dafür brauchen wir endlich eine rechtsverbindliche, europäische Definition der Begriffe „vegetarisch“ und „vegan“. Die steuerliche Schlechterstellung pflanzlicher Produkte wie beispielsweise pflanzlicher Drinks gegenüber Milchgetränken wollen wir beenden.

c) Wie steht Ihre Partei zu einer Anpassung des subventionierten Mehrwertsteuersatzes für tierische Produkte auf 19 %, wie es vom Umweltbundesamt hinsichtlich des Klima- und Umweltschutzes vorgeschlagen wurde?

Wir treten seit jeher für eine Internalisierung externer Kosten ein, damit Produktpreise die ökologische und soziale Wahrheit widerspiegeln. Die heutigen Fleischpreise stehen in keiner Relation zu ihren negativen Auswirkungen auf Klima und Artenvielfalt, den sozialen Verwerfungen beim Futtermittelanbau oder dem mit ihrer Erzeugung verbundenen Tierleid. Unser Ansatz ist es, bei den Produktionsbedingungen anzusetzen. Wir brauchen höhere Standards in der Landwirtschaft, um eine artgerechtere, flächengebundene, nachhaltige Tierhaltung zu verankern. Das Mehrwertsteuersystem wollen wir auskommensneutral reformieren, um einerseits die Sinnhaftigkeit bestehender Ausnahmen zu überprüfen und andererseits eine stärkere Belastung der einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen zu vermeiden. Eine Differenzierung der Mehrwertsteuersätze im Bereich der Lebensmittel halten wir weder generell noch in der heutigen Form für zielführend.

8. Tiere in Zoos

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) hat im Mai 2014 mit dem

„Gutachten über Mindestanforderungen an die Haltung von Säugetieren“ ein überarbeitetes Regelwerk für die Haltung von Säugetieren in Zoos veröffentlicht. In vielen Zoos ist die vollumfängliche Umsetzung dieser wichtigen Tierschutzrichtlinien auch nach über drei Jahren nicht zu erkennen.

a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, das „Gutachten über Mindestanforderungen an die Haltung von Säugetieren“ in eine rechtsverbindliche Verordnung zu überführen?

Ja. Das Säugetiergutachten, in dem Mindestanforderungen für die Haltung gemacht werden, wollen wir überarbeiten und rechtsverbindlich machen.

b) Befürwortet Ihre Partei die Erstellung eines Maßnahmenplans, um die Mindestanforderungen des BMEL aus dem Jahr 2014 schnellstmöglich in allen Zoos und Tierparks umzusetzen?

Ja.

c) Wie steht Ihre Partei zu der Forderung, die Zoohaltung besonders sensibler Tierarten wie beispielsweise Menschenaffen, Delfine oder Eisbären, die nachweislich unter einer Gefangenschaft leiden, mittels eines Nachstellverbots auslaufen zu lassen?

Auch hier muss das Tierschutzgesetz eingehalten werden. So fordern wir seit langem, Delfine nicht mehr in deutschen Delfinarien zu halten.

9. Tiere in Zirkussen und Ponykarussells

Die Haltung von Tieren in Zirkusbetrieben kollidiert aufgrund der ständigen Transporte, den systembedingt beengten Haltungsbedingungen, vor allem in den Innenstädten, sowie der in der Regel mit Peitsche, Stock oder Elefantenhaken ausgeübten Dressur mit dem Tierschutzgedanken.

a) Wird sich Ihre Partei für ein Verbot sämtlicher Tierarten im Zirkus einsetzen?

Falls Nein:

b) Welche Tierarten möchte Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode im Zirkus verbieten?

a. und b. werden gemeinsam beantwortet. In Zirkussen soll es nur noch die Tierarten geben dürfen, die ihrer Art und ihren Bedürfnissen gemäß gehalten werden können. Eine Positivliste soll diese Tierarten benennen, mit klaren und verbindlichen Vorgaben zur Unterbringung, Pflege, Beschäftigung und zum Transport.

c) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die „Leitlinien Haltung, Ausbildung und Nutzung von Tieren in Zirkusbetrieben oder ähnlichen Einrichtungen“ (BMEL) zu überarbeiten und in eine rechtsverbindliche Verordnung zu überführen?

Ja. Das ist lange überfällig.

d) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass sog. Ponykarussells, bei denen Ponys stundenlang im Kreis laufen müssen, verboten werden?

Gerade auf Jahrmärkten oder Volksfesten leiden diese Tiere unter Menschenmassen, lauter Musik und womöglich heißen Temperaturen. Auch hier gilt die Einhaltung des Tierschutzrechts. Wenn dies nicht gewährleistet werden kann, darf es Ponykarussells nicht geben.

10. Pelzdeklaration

Die vorgeschriebene Kennzeichnung für Pelzbekleidung lautet: „Enthält nichttextile Teile tierischen Ursprungs“. Verbraucherverbände kritisieren die irreführende und intransparente Deklarationswortwahl als nicht ausreichend, um dem Konsumenten eine eindeutige Identifikation und Herkunft des Kleidungsstücks zu ermöglichen.

a) Wie wird sich Ihre Partei auf nationaler und EU-Ebene dafür einsetzen, dass Pelzbekleidung nach Schweizer Vorbild mit der Tierart, Herkunft und Haltungsform detailliert gekennzeichnet wird?

Die Vorgaben zur Kennzeichnung von importierten Produkten müssen dringend verbessert werden. Heute werden diese zum Teil mit Fantasiebezeichnungen versehen. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen aber erkennen können, ob eine Bommelmütze oder der Kragen einer Jacke echtes Fell enthält. Wenn dem so ist, muss die Tierart, das Herkunftsland und die Art der Haltung klar benannt werden.

11. Pelzhandelsverbot

Der Bundesrat sieht in seiner Begründung für die Forderung nach einem Pelzfarmverbot angesichts der Verfügbarkeit hochwertiger Kunstpelze und anderer tierfreundlicher Kleidungsmaterialien keinen „vernünftigen Grund“, Tiere für Pelz zu töten. In der EU ist der Handel mit Pelzen von Robben, Hunden und Katzen bereits untersagt. Weltweit existieren in einigen Städten Pelzhandelsverbote. Im israelischen Parlament ist ein Gesetzesentwurf für ein nationales Pelzhandelsverbot in der Vorbereitung.

a) Wird sich ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode für ein generelles Pelzhandelsverbot einsetzen?

Ja. Hier ist eine europäische Regelung notwendig, sofern dies nicht national realisierbar ist.

12. Bildung und Tierschutz

Die Schulen haben einen Bildungsauftrag im Lehren und Lernen. Die Vermittlung von umfassendem Wissen und Können gehört ebenso dazu wie die Wertevermittlung. Nur so können aus Kindern mündige Bürger werden, die sich mitverantwortlich in die Gesellschaft einbringen. Tiere als fühlende und leidensfähige Mitgeschöpfe zu begreifen, ist für Kinder ein wichtiger Schritt, um sich selbst im Gefüge der Welt bewusst zu verorten und das empathische Handeln als Weltbürger einzuüben.

a) Plant Ihre Partei, das Thema Tierrechte im Bildungsauftrag zukünftig als festen Bestandteil mit aufzunehmen?

Ja.